

Einleitung zur deutschen Ausgabe

Jeder Mensch hat das Recht auf ein gutes, würdevolles Leben.

Wer die Verwirklichung dieses Rechts als den Kern linker Politik ansieht und entsprechende wirtschaftspolitische Maßnahmen fordert, gilt oft als naiv. Scheiterten die Wohlfahrtsstaaten der Nachkriegszeit nicht zwangsläufig an diesem Anspruch, weil die Bevölkerung weit über ihre Verhältnisse lebte? Bewies ihre Krise nicht, dass die Märkte im Vergleich zur Politik die besseren Wirtschaftslenker sind? Ist die Politik angesichts der technischen und kapitalistischen Notwendigkeit der Globalisierung nicht ohnehin machtlos? Sind nicht diejenigen, die sich nicht an diese modernen Verhältnisse anpassen können, an ihrem Schicksal selbst schuld?

Folgerichtig proklamierte Angela Merkel als Kanzlerin die „marktkonforme Demokratie“, die Entpolitisierung der Wirtschaftspolitik. Diese soll nicht (mehr) Gegenstand der Diskussion der Bürger eines Landes, nicht ihrem politischen Willen unterworfen sein, sondern wird zur Aufgabe von Experten und Technokraten, die angeblich allein verstehen, wie die nationalen und globalen Märkte funktionieren. Und im Zweifel ist klar: Goodies wollen alle, aber das Geld dafür ist knapp.

In dieser Atmosphäre der politischen Ohnmacht war das vorliegende Buch, das ich kurz nach seinem Erscheinen im englischen Original las, für mich ein Augenöffner – und zwar gleich in doppelter Hinsicht. Erstens zeigen die Autoren im ersten Teil des Buches, dass die Krise der Wohlfahrtsstaaten keynesianischer Prägung in den 1970er-Jahren nicht zwangsläufig in die Wirtschaftsordnung münden musste, die wir heute als Neoliberalismus bezeichnen. Ob Liberalisierung der Güter- und Kapitalmärkte und die damit verbundene Deindustrialisierung in den Zentren, ob Deregulierung der Finanzmärkte oder Abbau von Arbeitnehmerrechten – all diese Maßnahmen waren nicht die Folge von Sachzwängen oder einer abstrakten Kapitallogik, sondern das Ergebnis bewusster politischer Entscheidungen „im Kontext einer Reihe sich überschneidender ideologischer, wirtschaftlicher und politischer Faktoren“ (Fazi/Mitchell). Die Gewinne gingen zurück, die Vollbeschäftigungspolitik hatte die Position der Arbeitnehmerschaft gestärkt und die strukturellen Mängel des „real existierenden Keynesianismus“ traten immer deutlicher zutage. So zerbrach der Klassenkompromiss, der das System am Leben gehalten hatte und wurde angesichts der Unfähigkeit der sozialdemokratischen Linken, eine kohärente Antwort auf die Krise des keynesianischen Regelsystems anzubieten, im Sinne des Kapitals entschieden. Die Autoren vollziehen detailliert nach, wie die neoliberale Politik mit Unterstützung aller wichtigen nationalen und internationalen Institutionen und politischen Parteien systematisch umgesetzt wurde. Daraus folgt: Was durch politische Entscheidungen erzeugt wurde, kann auch durch politische Entscheidungen verändert werden. *Die Wirtschaftspolitik kann und muss repolitisiert werden.*

Im zweiten Teil des Buches entwerfen die Autoren eine radikale, gleichwohl realistische (im Sinne von wirtschaftswissenschaftlich fundiert) Alternative zum bestehenden neoliberalen Wirtschaftsmodell, basierend auf der grundsätzlichen Fähigkeit eines souveränen Einzelstaates, alle verfügbaren nationalen Ressourcen zu mobilisieren. Dies war mein zweiter Augenöffner: Man muss sich nicht mit Negativkritik und Abwehrkämpfen zufriedengeben. Es ist möglich, sich aus der oben beschriebenen Lähmung zu befreien und *einen konsistenten, praxisbezogenen, positiven wirtschaftspolitischen Gesamtentwurf zu entwerfen*, der das anfangs genannte Ziel linker Politik zu verwirklichen sucht.

Die Zeit dafür ist reif. Schon mit der Globalen Finanzkrise von 2008 zeigte sich, dass das neoliberale Wirtschaftsmodell und die neoliberale Globalisierung – wie zuvor der keynesianisch

geprägte Wohlfahrtsstaat – in eine fundamentale Krise geraten sind. Die Wirtschaft stagniert; selbst für ihre wichtigsten Anhänger bringt die neoliberale Ordnung immer weniger Vorteile mit sich (obwohl weiterhin immens viel Geld verdient wird), und die Polarisierung in den westlichen Gesellschaften nimmt zu. Aber anders als in den 1970er-Jahren stehen keine für die westlichen Eliten konsensfähigen neuen kohärenten Ideologien und kein neues kapitalistisches „Akkumulationskonzept“ zur Ablösung bereit, das zudem in der Lage wäre, wichtige soziale Gruppen zufriedenzustellen.

Seit dem Erscheinen der englischen Ausgabe dieses Buches haben sich die Krisenerscheinungen verschärft. Mit Trumps erstem Amtsantritt verbuchte der Rechtspopulismus einen ersten großen Erfolg. Auch die britische BREXIT-Entscheidung stellte eine Niederlage des Establishments dar. Seitdem scheint sich so etwas wie Normalität nicht mehr einstellen zu wollen. Wir durchlebten die Covid-Pandemie, und die damit verbundene Unterbrechung der globalen Lieferketten machte deutlich, wie abhängig die traditionellen Zentren infolge der Auslagerung der Industrie von der Peripherie geworden waren. Es folgte der Ukraine-Krieg und das durch die Sanktionen gegen Russland bedingte Ende günstiger russischer Gaslieferungen nach Europa, insbesondere nach Deutschland. Die daraus resultierenden hohen Energiepreise belasten die Bevölkerung, bedrohen die Profitabilität wichtiger Industriezweige und treiben die Deindustrialisierung voran. Inzwischen herrscht nicht nur Krieg in Europa, sondern auch der Nahe Osten gleicht einem Pulverfass. Im permanenten Krisenmodus reagieren die Regierungen mit Ad-hoc-Maßnahmen. Man weicht von neoliberalen Orthodoxien ab – insbesondere wachsen die Staatshaushalte ständig; in Deutschland hat man sich sogar in Bezug auf die Rüstungsausgaben von der Schuldenbremse verabschiedet. Man spricht von strategischer Souveränität, protektionistischen Maßnahmen und Reindustrialisierung. Nur um dann wieder zur transatlantischen Solidarität und zur Austeritätspolitik zurückzukehren, während die Verluste des Kapitals sozialisiert und die Gewinne privatisiert werden.

Nun erleben wir mit Präsident Trumps zweiter Amtsperiode eine rechtspopulistische, nationalistische und protektionistische Antwort der westlichen Führungsmacht auf die neoliberale Krise: die teilweise Zerschlagung des Staatsapparats, den unmittelbaren Einfluss des Big-Tech-Unternehmers Elon Musk auf die Regierung und dessen Entlassung, die massenhafte Deportation von Ausländern, die Kürzung von Staatsausgaben für medizinische Versorgung und Bildung, massive Steuersenkungen für Reiche, die Förderung fossiler Energien, die Einführung von Schutzzöllen, deren Höhe immer wieder neu bestimmt wird, sowie den Wechsel zwischen Gesprächsbereitschaft und militärischer Gewalt in den Kriegsgebieten u.v.m. Zwischen den US-amerikanischen Eliten ist der offene Kampf ausgebrochen. Auf die Reaktion der MAGA-Wählerbasis darf man gespannt sein. Die Unberechenbarkeit von Trumps Führungsstil mag typisch sein für „die Krankheitserscheinungen“ (Antonio Gramsci) in der Periode des „Interregnums“, die wir jetzt erleben – einer Zeit, in der die neoliberale Ordnung nicht mehr zufriedenstellend funktioniert, aber keine postneoliberale Ordnung zum Vorschein kommt.

Dass es heute den westlichen Eliten nicht gelingt, eine gemeinsame Vision für eine postneoliberale Ordnung zu entwickeln, hat viele Gründe. Einer davon: Die globalen wirtschaftlichen und politischen Kräfteverhältnisse haben sich im Vergleich zur Nachkriegszeit und den 1990er-Jahren massiv geändert. Die Wohlfahrtsstaaten des „goldenen Zeitalters des Kapitalismus“ standen im Zeichen der Systemkonkurrenz. Zwei in ihrem jeweiligen Einflussbereich hegemoniale Systeme suchten ihre Überlegenheit zu beweisen. Gleichwohl prägten die USA als weit überlegene Militär-

und Wirtschaftsmacht entscheidend die Weltwirtschaftsordnung mit dem Dollar als Weltreservewährung und ihrem großen Einfluss in den internationalen Institutionen. Die Staaten des globalen Südens erlangten erst im Laufe der Zeit ihre Unabhängigkeit und hatten zunächst wenig internationalen Einfluss. Nach dem Zusammenbruch des realen Sozialismus sahen sich die USA am Ende der Geschichte und als neuer – wohlwollender – Hegemon. Von nun an hieß die Devise *Full Spectrum Dominance*. Gemeinsam mit ihren westlichen Verbündeten waren sie bestrebt, global ihre „regelbasierte“ neoliberale Weltwirtschaftsordnung durchzusetzen. Wie Präsident Obama es ausdrückte: „Andere Länder sollten sich an die Regeln halten, die Amerika und unsere Partner aufstellen, und nicht umgekehrt.“

Während sich der freie Kapitalverkehr mit dem Dollar als Weltreservewährung und die Verlagerung der Produktion in Billiglohnländer viele Jahre lang für das westliche Kapital (und die nationalen Eliten der „Entwicklungsländer“) als äußerst profitabel erwiesen, gelang es einigen Staaten des globalen Südens, im Rahmen dieser Ordnung ein Wirtschaftswunder zu vollbringen – ganz besonders China. Das Land befreite 700 Millionen seiner Bürger dauerhaft aus der Armut. Und es beschränkte seine Rolle nicht auf die des Billigproduzenten, sondern entwickelte sich zum innovativen Motor der Produktivkraftentwicklung, etwa in den Bereichen erneuerbare Energien, E-Autos und künstliche Intelligenz. Im Inneren verzichtete China auf die Anwendung neoliberaler Prinzipien; vor allem das Finanzwesen, aber auch wichtige Betriebe verblieben unter staatlicher Kontrolle. Trotz bestehender Probleme verzeichnet das Land heute ein jährliches Wirtschaftswachstum von 5 Prozent.

Andere Länder fügten sich wirtschaftlich oder politisch nicht der westlich geprägten, regelbasierten Ordnung. Hier ist vor allem Russland zu nennen, das sich unter Putin von der neoliberalen Schocktherapie erholte und sich nun als souveräne Großmacht profiliert. Laut dem *Strategischen Konzept* der NATO stellen „autoritäre Akteure“ wie Putin, der syrische Präsident Bashar al-Assad und viele andere „strategische Wettbewerber“, wie z.B. die Volksrepublik China, „unsere Interessen, unsere Werte und unsere demokratische Lebensweise infrage“.

Die USA und ihre westlichen Verbündeten versuchen, diese Staaten zu isolieren und ihren Einfluss sowie ihren Erfolg einzudämmen, etwa durch Schutzzölle oder die Verhängung von Sanktionen. Das kann funktionieren; der syrische Präsident Assad wurde inzwischen gestürzt. In vielen Fällen wirken die Maßnahmen kontraproduktiv: Die Schutzzölle gegen die chinesische Halbleiterindustrie haben die dortige technologische Entwicklung beschleunigt. Ähnliches gilt für die Sanktionen gegen Russland, die den Anstoß dazu gaben, die heimische Landwirtschaft und Industrie wiederzubeleben. Trumps hohe Schutzzölle, die auch vor den Verbündeten nicht halt machen, können – vielleicht – zur Reindustrialisierung der USA beitragen; sie werden jedoch die betroffenen Länder auch dazu bewegen, sich andere Handelspartner zu suchen, um möglichst unabhängig vom Handel mit den USA zu werden. Die Sanktionen, durch die Länder aus dem Zahlungssystem SWIFT ausgeschlossen und/oder bei denen in westlichen Banken deponierte Dollar- oder Goldguthaben der betroffenen Staaten oder Privatpersonen eingefroren oder gar konfisziert werden, mögen zunächst wirksam sein. Mittel- und langfristig untergraben sie jedoch, genau wie die einseitig und willkürlich verhängten Schutzzölle, das Vertrauen des Rests der Welt in die Ordnung, die der Westen dadurch eigentlich durchsetzen und erhalten möchte, und von der er profitiert.

Hier kommt nun unter anderem das BRICS-Bündnis ins Spiel. Gegründet im Jahr 2009, gewann es in den vergangenen Jahren rasant an Bedeutung. Der Anteil am nominalen Welt-BIP der inzwischen 10 Mitglieder (Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika, Ägypten, Äthiopien, Indonesien, Iran,

VAE) stieg von 10 Prozent im Jahre 1990 auf 30 Prozent, während der Anteil der G7-Staaten im gleichen Zeitraum von 66 auf 42 Prozent fiel. Gemessen an der Kaufkraftparität haben die BRICS-Staaten mit einem Anteil von 31,9 Prozent die G7-Staaten mit 30 Prozent bereits überholt. 1990 betragen die Anteile noch 16 und 46 Prozent. Die versammelten Vertreter des lockeren Bündnisses, das außer der *New Development Bank* keine formalen Institutionen gründete, erklären immer wieder, dass sie eine Reform der bestehenden internationalen Institutionen fordern und keinen radikalen Bruch wünschen. Gleichzeitig bezeichnen sie sich aber auch als Forum für die Erprobung neuer Formen des Welthandels, beispielsweise durch die Verwendung nationaler Währungen und nicht des Dollars. Rund um die 10 offiziellen Partnerstaaten hat sich ein entsprechendes reges Experimentierfeld entwickelt.

Wird sich die postneoliberale Ordnung aus diesen und anderen neuen Formen der internationalen Zusammenarbeit herausbilden? Wird China eine Vorreiterrolle spielen? Die Wahrscheinlichkeit ist groß. Mitchell und Fazi sind überzeugt, dass nicht supranationalen Organisationen, sondern währungsgebende Einzelstaaten die treibende Kraft einer solchen Entwicklung darstellen werden.

Zwischenzeitlich scheint die Welt gerade in eine „gefährliche, chaotische und unkontrollierte Phase globaler Konflikte“ zu stolpern (T. Fazi). Zwar ließen Trumps Treffen mit Putin in Alaska und sein Streben nach einer Verhandlungslösung im Ukraine-Krieg, eine realistischere Sicht auf die geänderten globalen Kräfteverhältnisse vermuten. Das bedeutet jedoch nicht die Aufgabe US-amerikanischer Hegemonieansprüche und den Verzicht auf die Anwendung militärischer Gewalt, wie der amerikanische Angriff auf die iranischen Atomanlagen deutlich machte.

Dafür spricht auch, dass sich die EU-Regierungen und Großbritannien bis auf wenige Ausnahmen kurzfristig dazu gezwungen sehen, die Ukraine trotz der sich abzeichnenden Niederlage im Kampf gegen Russland weiterhin zu unterstützen und sich mittelfristig auf eine militärische Auseinandersetzung mit Russland vorzubereiten. Russland wird als alleiniger Aggressor und Gefahr für ganz Europa eingestuft, eine eigene Mitverantwortung an der Situation abgelehnt. Verhandlungen über eine neue Friedensordnung in Europa, wie Russland sie fordert, erscheinen aus offizieller europäischer Sicht ausgeschlossen. Gleichzeitig warf Trumps Regierung den Europäern vor, in der Vergangenheit einen zu geringen Eigenbeitrag zu ihrer Sicherheit geleistet zu haben und kündigte den militärischen Rückzug aus Europa an. Aus Sicht der EU-Führung entstand damit eine Notsituation, die das gemeinsame Handeln der EU erfordert. Dieser Einschätzung und dem Plan, dass die EU-Mitglieder ihre Rüstungsausgaben erhöhen und koordinieren müssten (bisher gibt es dazu keine Strukturen, denn koordiniert wurde auf NATO-Ebene), stimmte das EU-Parlament mehrheitlich zu. Bis 2030 sollen zusätzlich 800 Milliarden Euro zusätzlich für Rüstungsausgaben mobilisiert werden. Hoffnungen, diese zusätzlichen Investitionen könnten eine Art Militärkeynesianismus zur Reindustrialisierung in Gang setzen und damit die Wirtschaft ankurbeln, sind unangebracht. Aktuell gibt es die erforderlichen Betriebe nicht und man muss im Ausland (vor allem in den USA) einkaufen; die Verschuldung löst somit kein Wachstum im Inland aus, im Gegenteil. Denn Rüstungsgüter werden eingelagert oder zerstört, sie initiieren keinen produktiven Prozess. Zudem nutzen Unternehmen in einer finanzialisierten Wirtschaft, in der auch die Industriebetriebe zuerst dem *shareholder value* verpflichtet sind, zusätzliche Finanzspritzen zunächst zur Gewinnmaximierung, was die Preise für Rüstungsgüter in die Höhe treibt, besonders wenn sie knapp sind. Es ist jedoch nicht nur das Geld, das Unternehmer dazu bewegt, einen Industriebetrieb aufzubauen. Viele Faktoren müssen stimmen: Ein berechenbares Investitionsklima, die Aussicht auf Absatzmärkte, aber auch der Zugang zu Energie und Rohstoffen, verlässliche

Zuliefererbetriebe, geeignete Netze und Transportinfrastruktur, qualifizierte Arbeitskräfte usw. Unternehmer bauen all dies in der Regel nicht selbst auf; es ist das Ergebnis jahrelanger systematischer staatlicher Industriepolitik. Genau das haben die Regierungen der westlichen Staaten in der neoliberalen Phase vernachlässigt und verlernt. An dieser – politisch erworbenen – Inkompetenz leidet auch die geplante Reindustrialisierung insgesamt.

Wer bringt die zusätzlichen Milliarden auf? Praktisch müssen sich die einzelnen Staaten stärker verschulden, entweder bei der EU direkt oder bei der Europäischen Zentralbank. So verlangen es die EURO-Regeln. Auch wenn geplant ist, die Schuldenregeln zu lockern, steht am Ende des Tages zu befürchten, dass vor allem in den schwächeren EURO-Ländern seitens der Kommission zusätzliche Sparmaßnahmen auf Kosten der sozialen Leistungen erzwungen werden, sofern diese nicht bereits vorsorglich gekürzt wurden.

Die Unzufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger wird steigen. Das stärkt heute vor allem die rechtspopulistischen Parteien. Werden diese in Kürze auch in Europa – mit Unterstützung eines Teils der europäischen Machteliten – das Krisenmanagement selbst in die Hand nehmen, wie es heute Trump in den USA tut? Wird die EU an all dem zerbrechen? Der französische Anthropologe Emmanuel Todd drückte es vor kurzem so aus: „Es wäre ein Zeichen von Wahnsinn, zu behaupten, man könne verstehen, was heute vor sich geht, und vorhersagen, was geschehen wird.“

Der ökonomische Nährboden für den Erfolg des Rechtspopulismus besteht aus den Zukunfts- und Abstiegsängsten eines immer größeren Teils der Bevölkerung. Möchte die Linke die Geschichte wieder mitgestalten, muss sie sich erneut um ihr ureigenes Terrain kümmern und ein radikales, umfassendes, verständliches, massentaugliches und bündnisfähiges wirtschaftspolitisches Alternativkonzept vorlegen. Die Grundlagen für ein solches Konzept stellen Mitchell und Fazi im zweiten Teil des Buches vor. Ausgehend von einer politischen Vision des souveränen Einzelstaats als Instrument der kollektiven Emanzipation plädieren sie für einen wirtschaftlich interventionistischen Staat, in dem das Primat der Politik über die Wirtschaft gilt. Ziel ist nicht die Abschaffung des Kapitalismus, sondern dessen Einhegung (Wolfgang Streeck) durch die demokratische Kontrolle der Schlüsselbereiche, insbesondere des Bankwesens und damit der Investitionen. Eine „demokratiekonforme Marktwirtschaft“ also, wie wir es bei *Makroskop* in Umkehrung von Angela Merkels oben genanntem Diktum bezeichnen.

Der großen Mehrheit der Linken, gerade in Deutschland, fällt es schwer, eine solche Vorstellung zu akzeptieren. Sie können sich den Nationalstaat nur als Repressionsinstrument der Herrschenden vorstellen, gekennzeichnet durch ethnischen Nationalismus, Chauvinismus und die rassistische Ausgrenzung von Minderheiten. In einer kapitalistischen Wirtschaftsordnung übertüncht die Idee vom Nationalstaat aus linker Sicht zudem die realen Klassengegensätze durch falsche nationale Solidarität. Angesichts der Macht des internationalen Kapitals sei es zudem unmöglich, erfolgreiche linke Politik in einem nationalen Rahmen zu betreiben. Schließlich stünden geschlossene Grenzen nicht im Einklang mit dem humanen linken Anliegen, mit allen benachteiligten Menschen der Welt solidarisch verbunden zu sein.

Auch in den Teilen der Bevölkerung, die vom Status quo am meisten desillusioniert sind, hat sich in den letzten Jahren tiefe Staatsskepsis weiter ausgebreitet. Der Staat, wie er heute existiert, erscheint weithin und mehr denn je als Vollstrecker der Interessen der Elite. Viele staatliche Maßnahmen empfinden die Menschen als Gängelei und Einschränkungen ihrer persönlichen Freiheit. Zudem hat sich der schon von Anfang an latent vorhandene Trend des neoliberalen Staates zu repressiven Maßnahmen inzwischen weiter offenbart und verstärkt. Das wurde in letzter Zeit überdeutlich: Wer

Israels Vorgehen in Gaza als Völkermord bezeichnet, muss befürchten, dass seine Videos oder gar der Kanal von Internet-Plattformen verbannt werden, bekannte Persönlichkeiten erhielten Einreise- und Auftrittsverbote und Akademiker und Journalisten erleiden berufliche Nachteile und werden gar von der EU sanktioniert, unter anderem durch die Sperrung ihrer Konten. Das führt zu weitgehender Selbstzensur, selbst bei jenen, die solche Repressionen aller Wahrscheinlichkeit nicht zu befürchten haben.

Und doch signalisiert der Aufstieg der populistischen Rechten eine massive Sehnsucht nach Selbstbestimmung, Rechenschaftspflicht und Kontrolle über die Richtung des kollektiven Lebens. In dieser widersprüchlichen politischen Gemengelage zwischen tiefer Staatsskepsis und Forderungen nach nationaler Souveränität gilt es, reaktionäre Narrative zu hinterfragen und gleichzeitig das Terrain der Souveränität, Demokratie und wirtschaftlichen Selbstverwaltung zurückzuerobern, indem gezeigt wird, dass „ein anderer Staat möglich ist“.

Wer ein emanzipatorisches Wirtschaftsprogramm durchsetzen will, kommt an der Realität und der Notwendigkeit des Einzelstaates nicht vorbei, trotz seiner unbestreitbaren Probleme und Widersprüche. Der gerade beschriebene Prozess der Erhöhung der EU-Rüstungsausgaben zeigt sehr deutlich, dass nach wie vor alle politischen Maßnahmen letztendlich durch den Einzelstaat umgesetzt werden; nur waren sie in diesem Fall der demokratischen Kontrolle entzogen. Alle sozialen Errungenschaften wurden im Laufe der Geschichte im Rahmen von Einzelstaaten erkämpft. Auch die internationale Ordnung der UNO baut auf dem Vorhandensein souveräner Nationalstaaten auf. Diese müssen sich nicht zwangsläufig im permanenten Kriegszustand miteinander befinden, sondern könnten durchaus, wie Wolfgang Streeck es ausdrückte, genossenschaftlich zusammenleben. Und das Wichtigste: Nur ein währungssouveräner Staat kann eine zukunftsfeste und unabhängige Wirtschaftspolitik im Sinne der Mehrheit seiner Bevölkerung betreiben; und er muss sich dabei keineswegs den internationalen Finanzmärkten unterwerfen.

Wir leben nicht in hoffnungsfrohen Zeiten. Als das Buch erstmals auf Englisch erschien, beflügelten die massenwirksamen Kampagnen von Bernie Sanders, Jeremy Corbyn und Jean-Luc Mélenchon die Erwartung auf das Erstarken linker Bewegungen. Doch im Gegensatz zur Nachkriegszeit fehlte ihnen nach 30 Jahren Neoliberalismus die organisierte soziale Basis und die materielle Infrastruktur der Macht, die damals die demokratische Politik stützte. Über dem massiven Gegendruck und der Einschätzung der verschiedenen Krisen der letzten Jahre spaltete sich die Linke noch stärker als zuvor und ihr Einfluss sank. Andererseits bieten Krisenzeiten, in denen die bisherigen innenpolitischen und globalen Machtstrukturen Risse bekommen, die Chance, dass sich neue Ideen und sie tragende soziale Bewegungen entwickeln und Fahrt aufnehmen. So lohnt es sich gerade jetzt, ernsthaft und auf möglichst breiter Basis über eine demokratische postneoliberale Ordnung nachzudenken und darüber, wie wir den Staat zurückgewinnen. Deswegen wünsche ich dem Buch viele Leserinnen und Leser, die sich davon ebenso gerne inspirieren lassen wie ich.

Ulrike Simon

Mainz, im August 2025

Dank

Ich bedanke mich recht herzlich bei dem Geschäftsführer von Makroskop, Heinrich Röder, und dem Promedia Verlag, die das Erscheinen dieser Übersetzung des englischen Originals im Rahmen der Reihe Edition Makroskop möglich machten. Ich danke Stefan Kraft vom Promedia Verlag für das sorgfältige Lektorat. Ebenso herzlich bedanke ich mich beim Redaktionsleiter von *Makroskop*, Sebastian Müller, für seinen Beitrag zum deutschen Sonderweg, mit dem er eine wichtige Lücke schließt, gerade für die deutsche Ausgabe. Dank auch an Thomas Fazi für seine wertvollen Hinweise. Mein besonderer Dank gilt dem Übersetzungsteam: Bernd Sandbothe, der die Übersetzungen der verwendeten Zitate bekannter Autoren anhand von Originalübersetzungen überprüfte, und vor allem Ulrike Brandt, ohne deren akribische Korrekturen und hilfreichen Formulierungsvorschläge das Buch bei weitem nicht so gut lesbar wäre, wie es jetzt ist.